Frankfurter Zeitung
15./VI. 1917

148

Frankfurter Angelegenheiten.

Frauenstimmrecht.

Der Fortschrittliche Volksverein hatte für Donnerstag abend eine Mitgliederversammlung in den Alemanniasaal einberufen, die auch von Frauen stark besucht war. Als erster Punkt stand die Frage des Frauenstimmrechts auf der Tagesordnung. Frl. Dr. Schultz begründete einen Antrag der weiblichen Mitglieder des Fortschrittlichen Volksvereins, der ersucht wird, bei den Fraktionen der Fortschrittlichen Volkspartei im Reichstag und preußischen Landtag mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die Fraktionen bei der im Gange befindlichen Verfassungsrevision sowohl für das aktive und passive Wahlrecht der Frauen unter den gleichen Bedingungen wie für die Männer eintreten, als auch bei jeder gegebenen Gelegenheit für die absolute Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne ihre Stimme abgeben. Zur Empfehlung des Antrags führte Frl. Dr. Schultz die bekannten Gründe an, die sich für das Frauenstimmrecht als Grundlage der politischen und rechtlichen Gleichstellung beider Geschlechter geltend machen lassen.

Bankdirektor Maier verlas sodann einen Brief des früheren langjährigen Vorsitzenden des Vereins, Prof. Dr. Rößler, der sich für das Frauenstimmrecht aussprach. Der Redner empfahl auch selbst die Annahme des Antrags. Redakteur Dr. Goldschmidt bekannte sich als Gegner des Frauenstimmrechts. Er trat wohl dafür ein, der Frau alle Berufe zu öffnen, für die sie sich eignet, und sie auch in weitergehendem Maße als bisher am öffentlichen Leben teilnehmen zu lassen, meinte aber, daß es sich bei den extremsten Zielen der Frauenbewegung um ein falsch angewandtes Gleichheitsideal handle, das in der verschiedenartigen Veranlagung und den anders gearteten Aufgaben von Mann und Frau keinerlei Stütze finde und daß unsere Aufgabe sein müsse, der Frau wieder mehr Gelegenheit zu geben, sich auf ihrem eigentlichen Gebiet, in der Familie, zu betätigen, als sie politisch mit dem Manne gleichzustellen. Frau Dr. Kempf trat diesen Ausführungen entgegen, ebenso Landtagsabgeordneter Dr. Heilbrunn, der sich auch gegen die politischen Erwägungen wandte, aus denen vielfach das Frauenstimmrecht bekämpft wird. In dem großen wirtschaftlichen und politischen Kampf der Zukunft, der uns bevorstehe, habe die Frau vielleicht ein feineres Gefühl für die Lebensnotwendigkeiten der Familie als der Mann gegenüber den Entscheidungen, die am grünen Tisch in Berlin fallen. Deshalb solle die Frau bei den vielen Fragen des öffentlichen Lebens, an denen sie beteiligt ist, auch ein Mitbestimmungsrecht haben, wie es ihr nur durch die Zuerkennung der politischen Rechte gewährleistet werden könne. Es sprachen sich noch Frl. Heimbach, Frau Thea Wolff, Frl. Oberlehrer Dr. Reißhaus für, Herr Behringer und Herr Lindheimer gegen das Frauenstimmrecht aus. Zum Schluß empfahl Landtagsabgeordneter Oeser den Antrag der weiblichen Mitglieder, wobei er die Frag aufwarf, ob es nicht richtiger wäre, den Frauen eine gesonderte Vertretung innerhalb des Parlaments zu geben, durch die ihnen das aktive wie das passive Wahlrecht gewährleistet würde. Bei dem bevorstehenden Neuaufbau des Reiches nach innen wie nach außen sei es aber auf alle Fälle notwendig, alle Volksgenossen, also auch die Frauen, zur Mitarbeit heranzuziehen.

Bei der Abstimmung ergab sich eine Mehrheit für den Antrag. Die Erledigung der weiteren Tagesordnung, insbesondere die Berichterstattung über den Preußentag der Fortschrittlichen Volkspartei, wurde auf nächsten Donnerstag verschoben.